

Anfänge der muslimischen Frauenbewegung auf dem indischen Subkontinent

von Susanne Thiel

Die Geschichte der Frauenbewegung auf dem indischen Subkontinent beginnt im ausgehenden 19. Jahrhundert. Frauen hatten einen rechtlich schwachen Status aufgrund von Traditionen und religiösen Geboten; durch Geschlechtertrennung und Bevorzugung von männlichem Nachwuchs erhielten Frauen kaum Zugang zu Schulen und dem Berufsbildungssektor. Angesichts dieser machtlosen Situation ist es nicht überraschend, daß die ersten, die sich für Frauenrechte einsetzten, nicht Frauen, sondern Männer waren. Der Hintergrund der Frauenbewegung unterschied sich sehr von dem in anderen Ländern, die sich auf die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen konzentrierten. In Indien ging es um die Beziehung von Frauen zur Welt, nicht nur um die Männer-Vorherrschaft. Die Rechte der muslimischen Frau im heutigen Pakistan, ihre Anteilnahme am öffentlichen Geschehen und ihr Ansehen in der Gesellschaft sind das Ergebnis eines emanzipatorischen Prozesses, der von Frauen und Männern jener Zeit in Gang gesetzt wurde.

Die ersten Schritte

Die ersten Schritte im Kampf um die Verwirklichung von Frauenrechten gingen nicht von einer feministischen Plattform aus, sondern waren integraler Bestandteil der nationalen Bewegung zur Befreiung von der Kolonialmacht England. Die ersten Frauen, die politisch aktiv wurden, kämpften nicht gegen 'die Männer' sondern mit den Männern für ein gemeinsames Ziel. In den 50 Jahren von den ersten emanzipatorischen Schritten um die Jahrhundertwende bis zur Entstehung des unabhängigen Staates Pakistan schafften es die muslimischen Frauen, ihre Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten völlig zu verändern.

Bei der Betrachtung des ein Jahrhundert währenden Kampfes um Gleichberechtigung zeigt sich auch in Pakistan das historische Phänomen, daß Frauen in Zeiten der Krise eine aktive Rolle zum Wohle des Landes spielen dürfen. Soziale Normen werden vergessen oder zumindest zurückgestellt, wodurch sich der Handlungsspielraum der Frauen erweitert. Ist die Krise vorüber, nehmen die Männer ihre alten Positionen wieder ein und verbannen die Frauen in Küchen und Kinderzimmer.

Entgegen der häufig vertretenen Annahme hat die 'zivilisierte' Kolonialmacht die Partizipation der Frauen an gesellschaftlichen Vorgängen nicht unbedingt gefördert und ihre Position nicht verbessert. Zwar wurde Wert auf Schule und Ausbildung gelegt, aber nur um eine probritische, dienende Klasse heranzuziehen, die Verwaltungsaufgaben übernehmen und britische Ideologie dem 'restlichen Volk' gegenüber vertreten konnte. Um ihre Macht zu stärken, unterstützten die Briten die feudalen und tribalen Strukturen. Feudalherren und Anführer tribaler Gruppen wurden reich mit Land beschenkt, allgemein bevorzugt und verhielten sich fortan loyal den Briten gegenüber. In diesen traditionell patriarchalen Gesellschaftsstrukturen war kein Platz für eine Gleichberechtigung der Frau. 'Sati', die Witwenverbrennung, wurde zwar abgeschafft und verboten, aber es sollte auch bei dieser Einzelaktion bleiben. Das islamische Gesetz, maßgebend für Familie, Ehe, Scheidung, Erbe und Besitzrecht - also Gesetze der sozialen Interaktion zwi-

schen Mann und Frau - blieb unberührt.

Das sogenannte 'Womens Reform Movement' der muslimischen Frauen in Indien befaßte sich primär mit dem Recht auf Bildung. Jungen und Mädchen wurden in den ersten Klassen der 'Maktab', der religiösen Schule, im Lesen, Schreiben und im Studium des Koran unterrichtet. Die höheren Klassen der 'Madrasahs' waren den Mädchen aufgrund der Purdah-Regeln verschlossen. Das von den Briten für wichtig befundene Wissen und die notwendigen Fähigkeiten konnten in England oder in Missionsschulen erworben werden. Mehr und mehr indische Männer wählten diese Art der Erziehung, die sie von den eigenen etablierten kulturellen Normen entfernten. Durch die wachsende Isolation, in die Muslime durch ihre maßgebliche Partizipation an den Unabhängigkeitsaktionen von 1857 geraten waren, kam es zu einer Verstärkung und Rückbesinnung auf muslimische Werte. Frauen, auf die privaten Sphären reduziert, wurden das Symbol der muslimischen Identität. Ihr Anspruch auf Bildung mußte aus dem Islam gerechtfertigt werden, um Geltung zu erlangen. 1885 öffnete die 'Anjuman-e-Himayat-e Islam' (Gesellschaft für die Förderung des Islam), fünf Mädchenschulen in Lahore um die 'Islamischen Werte des Lebens zu bewahren', wie offiziell verkündet wurde.

Erziehung stößt auf wachsende Akzeptanz

Sir Syed Ahmad Khan war ein Verfechter der Modernisierung. Er sah es als Hauptproblem an, daß die Muslime in Indien aufgrund ihrer 'Rückständigkeit' aus den politischen und ökonomischen Bereichen ausgeschlossen waren. Er wollte sie mithilfe von moderner aufgeschlossener Erziehung und Ausbildung aus der Isolation befreien und gleichzeitig einen Wettbewerb mit den Hindus ermöglichen. Er war davon überzeugt, daß zwischen Islam und der selektiven Adaption von westlichen Werten kein Widerspruch besteht. Das 'Mohammadan Anglo-Oriental College' in Aligarh wurde gegründet, um seine Reformgedanken umzusetzen. Das College sollte großen Einfluß nehmen auf die Muslime des Subkontinents. Bei ihnen und nicht bei der konkurrie-

renden Schule der 'Deobands' oder 'Berelvis', die bemüht waren, die Muslime in ihrer Identität zu stärken und als homogene Gruppe zu integrieren, fanden sich Befürworter der Frauenbildung, sie vertraten einen sozial progressiven Ethos. Die Traditionalisten waren in dieser Beziehung zurückhaltender, dennoch entwickelte sich aus diesem Trend die 'Khilafat-Bewegung', die Frauen zum ersten Mal auf einer politischen Plattform mobilisierte. Beide Bewegungen wirkten auf die Muslime ein und versuchten Handlungsstrategien im Hinblick auf den wachsenden Hindu-Nationalismus zu finden.

Recht auf Bildung

Ende des 19. Jahrhunderts stieß die Idee der Erziehung und Ausbildung für Frauen auf eine wachsende Akzeptanz, besonders bei der Elite. Die Frauen, die aktiv wurden, sich formierten und ihr neues Bewußtsein und auch Forderungen formulierten, stammten zunächst überwiegend aus progressiven Familien und wurden von aufgeschlossenen und intellektuellen Männern gestützt. Sie repräsentierten einen kleinen und privilegierten Teil ihrer Gesellschaft und ihr Wirkungskreis blieb zunächst auch auf Frauen ihrer eigenen Klasse beschränkt. Auf breiter Ebene setzte sich die Idee der Nützlichkeit und der Legitimität des Anspruchs auf Bildung von Frauen viel langsamer durch. In wirtschaftlich schwächeren Schichten hatte 'Bildung' einen völlig anderen Stellenwert. Jedes Familienmitglied wurde zur Erwirtschaftung des Lebensunterhaltes ge-

braucht. Zusätzliche Kosten um 'Erziehung' zu finanzieren, hätten jedes Haushaltsbudget überfordert.

Die Frage nach Ausbildungschancen und Partizipation muslimischer Frauen wurde 1886 von männlichen Mitgliedern des 'Mohammadan Educational Congress' (MEC) aufgeworfen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinen Frauenflügel der Organisation; er wurde erst zehn Jahre später gebildet. Der Advokat für das Recht der Frauen auf Ausbildung war Sheikh Abdullah von Aligarh, der eine führende Rolle im 'Womens Reform Movement' spielte. 1914 gab er das erste Urdu-Journal für Frauen heraus: 'Khatoon' (Frau) sollte der Popularisierung von Bildung für Frauen dienen. In den folgenden Jahren erschienen weitere Zeitschriften für Frauen; die meisten wurden von Männern gegründet, aber Frauen arbeiteten in den Redaktionen mit. Das erste Mal wurden Frauen in Britisch-Indien als Gruppe angesprochen und ermutigt, selbst zu sprechen und zu schreiben. 1903 meldete sich auch zum ersten Mal eine Frau auf dem 'Mohammadan Educational Congress' - der nun auch Frauen zuließ - öffentlich zu Wort. Chand Begum hatte ein Papier vorbereitet, das Bildung für Mädchen forderte. Sie las es nicht selbst vor, sondern überließ es einer Frau der parsischen Religionsgruppe, die nicht an die muslimische Tradition der Zurückhaltung gebunden war. 1922 erhielt die erste muslimische Frau einen Magister-Abschluß im Studienfach Jura und zwei begabte Schwestern durften das Land mit dem Segen ihrer Familien verlassen, um ins Ausland zu studieren.

1908 formierten sich einige Frauen zur 'Anjuman Khawateen-e-Islam' (Muslimische Frauenorganisation), der ersten Organisation dieser Art auf dem Subkontinent. Ihre Gesprächsrunden wurden von Themen wie Erziehung, soziale Reformen und legale Rechte der muslimischen Frau beherrscht. Die Gründung fand in dem Haus von Sir Muhammad Shafi statt, der 1892 mit reformistischen Ideen aus England zurückkehrte und sich der Sache der Frauenrechte verschrieb. Er gab den Anstoß zur Gründung dieser ersten Frauenorganisation, die sich nicht nur mit Politik beschäftigte, sondern Sozialarbeit für arme Frauen in ländlichen Gebieten in ihrem Programm hatte. Diese Arbeit eröffnete den Aktivistinnen auch die Möglichkeit, den beengten Bereich des eigenen Hauses zu verlassen.

1915 wurde die 'First All India Muslim Ladies Conference' mit dem Kernthema 'Bildung für Frauen' durchgeführt. 1917 erarbeitete die Gruppe eine Resolution gegen Polygamie. Zur gleichen Zeit begann der Kampf um das Wahlrecht für Frauen. 1918 sprachen sowohl die 'All India Muslim League' als auch der 'Indian National Congress' ihre Unterstützung für die Einführung des Wahlrechtes aus. Es dauerte allerdings noch bis 1928, bis alle Frauen in Indien den Gang zur Wahlurne antreten konnten.

Die Debatte über Bildung für Frauen und gleiche Rechte entwickelte nie die Dringlichkeit der Debatte der gesamten muslimischen Volksgruppe über Identität, Unabhängigkeit und Islam. Die Mobilisierung großen Stils in der Khilafat-Bewegung fand nicht in bezug auf Frauenethemen, sondern auf allgemeine Politik statt. Die Grenzen zwischen dem Kampf um Frauenrechte, Politik und sozialen Aktivitäten waren verwischt. Trotzdem gab es separate Versammlungen für Frauen, die oft von Ehefrauen und Müttern prominenter muslimischer Männer geleitet wurden. Auch Hindu-Frauen nahmen an den Versammlungen teil, weil auch immer der Unabhängigkeitsgedanke im Vordergrund stand. Bi Amma, die Mutter der 'Ali Brüder' brach in ihren letzten Lebensjahren gleich mit mehreren Tabus. 1917 sprach sie in der männlich besetzten 'Muslim League' für ihren Sohn Muhammad Ali, der von den Briten festgenommen worden war. 1921 hielt sie nicht nur eine Ansprache auf einer Massenveranstaltung in Lahore, sondern lüftete auch ihren Schleier. Dieser Akt erlangte sofort große symbolische Bedeutung für den Kampf der muslimischen Frau. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden,



Frauenproteste gegen Preiserhöhungen (Foto: S. Chakravarty)

daß Bi Amma eine respektierte alte Dame war und einer politisch bedeutenden Familie entstammte - eine junge Frau ohne entsprechenden Hintergrund hätte damit einen Skandal ausgelöst.

Für die Pakistan-Bewegung kam es zu einer zweiten Massenmobilisierung, an der muslimische Frauen teilnahmen. 1940 fand eine historische Versammlung des Frauenflügels der 'Muslim League' in Lahore statt. Im gleichen Jahr wagte sich eine Gruppe von Frauen - eingehüllt in ihre 'Burqas' (Ganzkörper-Verschleierung) - aus dem Haus, um auf offener Straße gegen die Inhaftierung von Muslim-Führern zu protestieren. Dies war der Auftakt von zahlreichen mutigen Demonstrationen und Protesten von muslimischen Frauen der gebildeten höheren Klassen. Im Zuge der Aktivitäten wurde eine 'Muslim Girls Student Federation' gegründet.

Ab 1942 zeigte Jinnah wachsendes Interesse an den Frauen-Komitees. Er wollte Frauen nicht nur in dem bestehenden politischen Kampf mobilisieren, sondern erkannte, daß sie eine nicht zu unterschätzende Macht und Kraftquelle darstellten. Er sprach sich für gleiche Rechte aus und förderte die Bildung eines Frauenflügels der 'Muslim League'. Viele Frauen sprachen positiv auf die 'Muslim League' an, konnten sie doch endlich ihre Fähigkeiten und ihr Organisationspotential unter Beweis stellen.

Jinnah ging als gutes Beispiel für die Männer seiner Zeit voran und erschien überall in Begleitung seiner Schwester Mohtarma Fatima Jinnah. "Es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, daß unsere Frauen in den eigenen vier Wänden ihrer Häuser wie Gefangene eingesperrt werden. Es gibt keine Rechtfertigung für die beklagenswerten Bedingungen, unter denen unsere Frauen leben müssen. Eure Frauen sollten Euch als Kameraden in allen Sphären des Lebens begleiten," verkündete er in einer seiner Ansprachen.

Für die Wahlen im Jahr 1946 hatten sich zwei Frauen als Kandidatinnen aufstellen lassen: Begum Salma Tassadduque Hussain und Begum Shah Nawaz. Die 'Muslim League' erwies sich als repräsentativ für die Mehrheit der Muslime Britisch-Indiens. Als ihr trotz des Erfolges eine angemessene Partizipation versagt wurde, flammten überall Proteste auf. Frauen beteiligten sich an den Demonstrationen und wurden verhaftet, auch Begum Shah Nawaz; aber die veränderte Vorgehensweise und die Gewalt, die nun auch Frauen gegenüber angewandt wurde, konnte die Frauen nicht einschüchtern. Die meisten Aktionen fanden in Lahore und Karachi statt, aber die 'Bewegung des Zivilen Ungehorsams' im Januar 1947 mobilisierte auch

die Frauen der Northwest-Grenzprovinz, einer der konservativsten Provinzen des Landes. Paschtuninnen bildeten eine geheime Organisation mit dem Namen 'War Council'. In den ersten Monaten des Jahres wurde von ihnen der Radiosender 'Pakistan Broadcasting Station' betrieben.

Ein neuer Staat entsteht

Als 1947 das Ende der Kolonialherrschaft gekommen war und zwei unabhängige Staaten - Indien und Pakistan (mit einem Ost- und Westteil) - entstanden, schloß sich ein Kapitel der Geschichte der Frauenbewegung. Frauen, die ihren Anteil an politischer Arbeit geleistet hatten, konnten nicht ahnen, welchen schweren Stand sie im neuen Staat Pakistan gegen die Traditionalisten haben würden, die mit aller Macht versuchten, sie wieder in die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft zu zwingen.

In den ersten Jahren nach der Trennung stand die Flüchtlingsproblematik im Vordergrund. Millionen von Menschen verließen ihre Heimatprovinzen und wechselten in beide Richtungen über die neue Grenze. Die großen emotionalen Spannungen der letzten Monate und die politische Propaganda führten zu schrecklichen Massakern, Plünderungen und Vergewaltigungen. Familien wurden auseinandergerissen, Witwen mußten sich plötzlich allein um ihre Angehörigen kümmern, Kinder gingen in den Wirren verloren und vergewaltigte Frauen wurden von ihren Familien verstoßen oder nahmen sich selbst das Leben. Durch die überstürzte Teilung standen viele Flüchtlinge ohne Besitz und Behausung in ihrer neuen Heimat.

Eine Anzahl von Frauen-Organisationen wurde in dieser Zeit gegründet. Durch die Freiheitsbewegung politisierte Frauen traten in den Vordergrund. Raana Liaquat Ali, Frau des ersten Premierministers Pakistans, gründete 1948 den 'Womens Volunteer Service', der sich sozialer Arbeit verschrieb, und versuchte, Hilfe für die Flüchtlinge zu leisten. Nahrungsmittel- und Kleiderverteilung wurden organisiert, ein provisorischer Gesundheitsdienst aufgebaut, moralische und emotionale Unterstützung geleistet. Dieser Freiwilligendienst nannte sich ab 1949 'All Pakistans Womens Association' (APWA). APWA verstand sich nicht als politische Organisation und wollte offen sein für Frauen aller Klassen. Ihr Ziel war es, Bewußtsein in den Bereichen Erziehung und Kultur zu wecken und eine Beteiligung der weiblichen Bevölkerung an Wirtschaftsprozessen zu fördern. Die Mitglieder rekrutierten sich hauptsächlich aus der urbanen Mittelschicht.

Nach der Trennung von Indien hatte

der junge Staat Pakistan die vordringliche Aufgabe, neue ökonomische und soziale Strukturen zu bilden. Dies und das Phänomen, daß der Islam die zentrale Kraft im Land wurde, hatten Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung der Frau. Mit der Ankunft der 'Ulema' (Islamische Geistlichkeit) in Pakistan wurde die amtierende Regierung mit ihrem Anspruch auf Macht und gebührenden Status in allen Bereichen des staatlichen Systems konfrontiert (obwohl sie im Unabhängigkeitskampf gegen die Gründung eines unabhängigen Staates Pakistan votiert hatte). Jinnah versuchte ein nicht-theokratisches Pakistan aufzubauen und auch Liaquat Ali Khan, der erste Premierminister, hatte die Vision eines liberalen, demokratischen Systems. Demokratie, Redefreiheit, Wahrung der Menschenwürde und Gleichberechtigung der Frauen wurden als koranische Prinzipien angesehen und standen nach Ansicht der beiden Staatsmänner nicht konträr zum Islam. Islamische Prinzipien und nicht islamisches Gesetz standen im Mittelpunkt des Denkens. Pakistan sollte als Staat Muslimen einen Freiraum schaffen, wo sie ihre Religion ausüben konnten, ohne Angst vor Verfolgung haben zu müssen.

Die 'Ulema' hatte und hat eine andere Vorstellung von einem islamischen Staat. Islamische Prinzipien sollten in der Verfassung Pakistans verankert werden, Koran und Sunna als Basis der Gesetze dienen. Islamische Studien sollten obligatorisch für alle Studenten gemacht werden. Maulana Maududi, ein ausgesprochener Gegner Jinnahs, faßte eine islamische Revolution ins Auge, um die Macht im Staat zu erlangen. Er war strikt gegen die Gleichberechtigung der Frauen: Sie sollten keine politischen Ämter innehaben und niemals Staatsoberhaupt werden können. Frauen sollten in der Regierung isoliert werden und sich ausschließlich mit Frauenthemen beschäftigen. Er hielt das Wahlrecht für Frauen für überflüssig und wollte höchstens bei gebildeten Frauen eine Ausnahme machen. Da diesen Forderungen nicht nachgegeben wurde, mußten sich die politischen Führer des Landes von der 'Ulema' als unislamisch bezeichnen lassen. Die religiösen Gruppen hatten genug Macht und Einfluß, um Unruhe und Spannungen im Staat zu erzeugen. Sie sind bis heute ein wichtiger Faktor im Staatsgefüge geblieben.

1958 kam es unter Ayub Khan durch einen militärischen Coup zu einem Wechsel von der zivilen zur militärischen Staatsbürokratie. Ayub Khan versicherte sich der Unterstützung der islamischen Gruppierungen, um seine politischen Ziele zu erreichen, war aber Gegner aller extremer Auffassungen der 'Ulema'. 1965, als Jinnahs Schwester



Benazir Bhutto - für viele Frauen eine Enttäuschung (Foto: SAB-Archiv)

Fatima als Präsidentschaftskandidatin von den 'Combined Opposition Parties' (COP) aufgestellt wurde, verurteilte er ihre Aufstellung allerdings als unislamisch.

Frauen in der Bhutto-Ära

Anfang der 70er Jahre übernahm Zulfikar Ali Bhutto die Regierungsgeschäfte. Er begeisterte mit seinen Ideen besonders junge Leute, Intellektuelle und auch Frauen. Das unter ihm entstandene Selbstbewußtsein der Frauen ist bis heute erhalten geblieben und konnte auch durch die massive Unterdrückung Zia ul-Haqs nicht zerstört werden. Die Verfassung von 1973 gründete auf Prinzipien parlamentarischer Demokratie und gab Männern und Frauen gleiche Rechte und Chancen. Trotz aller demokratischen Ideen und sozialistischen Tendenzen wurden auch von Bhutto islamische Symbole berücksichtigt. Die Bezeichnung 'Islamische Republik Pakistan' wurde wiederhergestellt und der Islam zur Staatsreligion ernannt.

Massive Unterdrückung in der Zeit Zia ul-Haqs

Bhuttos Verhaftung im Juli 1977 und Zia ul-Haqs Machtübernahme waren erst durch die Opposition, die sogenannte

'PNA-Bewegung' (Pakistan National Alliance), möglich geworden. Neun Monate nach der Machtergreifung verkündete ul-Haq, daß auf dem Weg zu einem wirklich islamischen Staat das Strafgesetz Pakistans islamisiert werden sollte. Die 'Jamaat-e Islami', selbsternannter Wächter des Islam im Land, eine extreme Partei des rechten Flügels, sah ihre Chance.

Zia ul-Haq und die 'Jamaat-e Islami' waren gegen die 'Family Laws Ordinance' von 1961, durch welche die Rechte der Frauen gestärkt und ihr Status gehoben werden sollte. Zu diesem Zweck wurde das Mindestheiratsalter für Mädchen heraufgesetzt, polygame Heiraten und Scheidungen für den Mann erschwert. Sie zogen gegen Alkohol und Glücksspiele ins Feld, und verteuflten außerehelichen Geschlechtsverkehr und Familienplanung. Durch den 'Council of Islamic Ideology' wollten sie die islamische Ordnung wiederherstellen. Viele Maßnahmen zielten natürlich direkt auf Frauen ab.

1979 setzte Zia ul-Haq im Zuge seiner Bemühungen, das Land unter die Gesetze der 'Scharia' (Islamisches Gesetz) zu stellen, die 'Hudood-Verordnung' in Kraft, die folgende Verbrechen abdeckt: Ehebruch, Unzucht, Vergewaltigung, Prostitution ('Zina'), falsche Zeugenaussage ('Qazf'), Diebstahl und Verstöße

gegen das Alkoholverbot.

Resultate der politischen und kulturellen Strömungen der 70er Jahre waren die Organisationen 'Aurat' und 'Shirkatgah'. Die Organisation 'Shirkatgah' hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Frauenforschung zu betreiben und damit Bewußtsein für Frauenfragen in der Gesellschaft zu wecken - der Grundstein für ein Informations- und Forschungszentrum wurde gelegt. 'Aurat' ist eine Frauenorganisation, die in den Jahren 1976-77 in Islamabad von linksorientierten Universitätsdozentinnen, Studentinnen und anderen berufstätigen Frauen gegründet wurde. Das 'Womens Action Forum' (WAF) setzte sich überwiegend aus Frauen gutsituierter Familien zusammen, in denen sich schon die Mütter für die Frauenbewegung eingesetzt hatten. Durch das 1982 eingesetzte Zeugengesetz ('Law of Evidence') fühlten diese Frauen ihre Grundrechte bedroht. Ihr rechtlicher Status wurde auf den halben eines Mannes reduziert, indem nur zwei Zeuginnen vor Gericht einen männlichen Zeugen ersetzen konnten. WAF rief zu Aktionen gegen dieses Gesetz auf, groß angelegte Protestveranstaltungen und Diskussionsrunden wurden abgehalten.

Der Aufschwung der Frauenorganisationen unter Zia konnte stattfinden, weil viele das Gefühl hatten, alles, was sie

bis dahin mühsam erkämpft hatten, würde nunmehr vom Tisch gewischt. Gleichzeitig war es zu einem Anstieg der berufstätigen Frauen aus den mittleren sozialen Schichten gekommen, die ihren persönlichen Freiraum am meisten erweitern konnten.

Eine Frau als Premierministerin

Benazir Bhutto wurde im Dezember 1988 erstmals zur Premierministerin gewählt. Nicht nur die sozial schwächeren Schichten der Gesellschaft hofften auf eine Verbesserung ihrer Situation und mehr Gerechtigkeit im Staat, auch die aktiven Frauen waren sich einer modernen und entschlossenen Behandlung der Frauenfragen gewiß. Sicherlich hatte Benazir Bhutto gute Vorsätze: sie wollte die Repräsentanz der Frauen im Staatsgefüge durch konkrete Maßnahmen gewährleisten. Die vermehrte Anstellung von Richterinnen war geplant, Botschafterinnen sollten in Auslandsvertretungen eingesetzt werden, die Einstellung weiblicher Polizeibeamter und rein weibliche Polizeiwachen waren vorgesehen und die Reservierung einer Fünf-Prozent-Quote für Frauen im öffentlichen und privaten Sektor sollte durchgesetzt werden. Hehre Ziele, die leider nur teilweise verwirklicht wurden. Die alltäglichen Probleme und harten Lebensbedingungen der Mehrheit der weiblichen Bevölkerung wurden auch von dieser Regierung mit Nichtbeachtung gestraft.

Der zweiten Amtszeit Benazir Bhuttos, die im Herbst 1993 begann, wurde schon mit viel weniger Optimismus und Enthusiasmus entgegengesehen. Die Premierministerin war so intensiv mit der Konsolidierung ihrer Macht beschäftigt, daß sie die eigentlichen Regierungsaufgaben vernachlässigte.

Es hat sich als eine Illusion erwiesen, daß eine Frau in der Rolle des Premierministers die Lebensbedingungen der Frauen im Lande entscheidend verändern würde. Auch Benazir Bhutto schaffte diskriminierende Gesetze nicht ab, um nicht die religiösen Gruppen gegen sich aufzubringen. Trotzdem werden ihr von Frauen einige positive Errungenschaften zugestanden.

Seit 1988 kämpft die 'Pakistanische Menschenrechtskommission' gegen Gesetze, die Frauen diskriminieren. Frauen werden für Ehebruch strafrechtlich verfolgt und unter Umständen auch für angezeigte Vergewaltigungen, die nur von Gerichten 'anerkannt' werden, wenn vier glaubwürdige Zeugen den Tathergang entsprechend eindeutig beschreiben. Dadurch ist in den meisten Fällen eine Überführung und Verurteilung des Täters so gut wie unmöglich gemacht. Kann das Opfer die Vergewaltigung

nicht beweisen, wird es wegen 'Qazf' (falsche Anschuldigung) bestraft. Durch Vergewaltigungen verursachte Schwangerschaften müssen ausgetragen werden, da Abtreibungen generell verboten sind.

Vergehen, die unter den Tatbestand 'Zina' fallen, beinhalten vor- und außereheliche geschlechtliche Kontakte im weitesten Sinne. Oft genügen bloße Anschuldigungen von Verwandten oder Bekannten, um eine Frau wegen eines 'Zina'-Vergehens hinter Gitter zu bringen. Auf diese Art und Weise lassen sich auch Erbschafts- und sonstige familiäre Streitigkeiten für die Angehörigen sehr einfach lösen.

Frauen raus aus der Werbung?

Der amtierende Premier Nawaz Sharif beugt sich ganz den Wünschen der Politiker aus dem rechten Flügel der religiösen Parteien, um sich ihre Gunst zu erhalten. Vor kurzem ist ein neuer Streit um die Präsenz der pakistanischen Frau in der Medienwelt entbrannt. In einer Seifenwerbung ist zum Beispiel der Kopf einer duschenden Frau sichtbar - dieser Anblick wird als obszön empfunden, weil man(n) sich ja vorstellen kann, welch sündig-unbekleideter Körper sich unter dem Kopf fortsetzt. Werbung soll "einfach und übereinstimmend mit den islamischen Werten der Kultur sein". Kleidung, die Körperkonturen erahnen läßt ist out, nur das vollständige Nationalkleid ist akzeptabel. Nicht nur Frauen, die ihre schöne Haarpracht schütteln, um die Wirkung eines Shampoos zu demonstrieren, oder genüßlich ein Eis am Stiel lutschen, sollen vom Bildschirm verschwinden.

Der Senat mußte sich kürzlich auch Kopferbrechen über ein hochbrisantes politisches Thema machen, nämlich darüber, ob Dinah Jinna, die in New York lebende Tochter des Staatsgründers und einziges überlebendes Familienmitglied, zur 50-Jahr-Feier Pakistans eingeladen werden sollte. Warum? Ihre Loyalität Pakistan gegenüber ist stark infrage gestellt, weil sie vor langer Zeit einen Christen geheiratet hat - gegen den Willen ihres Vaters!

Die Kommission für Frauenfragen

Im Oktober 1994 wurde von der Bhutto-Regierung die 'Commission of Inquiry for Women' (Untersuchungskommission für Frauenfragen) durch eine Resolution des Senates ins Leben gerufen. Nasir Aslam Zahid, Richter des Supreme Court (Oberster Gerichtshof), leitete eine Gruppe von fünf Männern und sechs Frauen, assistiert von einem Mitglied des 'Council of Islamic Ideology' (Rat der Islamischen Ideologie), um den Status der Frau in Pakistan zu

untersuchen. Im August 1997 wurde ein Bericht von ihnen fertiggestellt, der sich u.a. mit Vergewaltigung in der Ehe befaßt. Die Politikerinnen aller Parteien haben bis jetzt keine Stellung dazu bezogen; sie sind indifferent, um sich keine neue Front zu schaffen. 'Ulema' und Urdupresse waren außer sich bei der Vorstellung, Frauen könnten Geschlechtsverkehr - der Männern in der Ehe nun mal rechtmäßig zusteht - verweigern und hätten auch noch rechtlichen Rückhalt.

Die Kommission ist der Meinung, daß die 'Hudood-Gesetze' abgeschafft werden sollten, da sie im islamischen Sinn nicht vertretbar sind. Außerdem fordern sie finanzielle Unterstützung für verschiedene Frauen. Die Entscheidung darüber ist bis jetzt dem Wohlwollen des Mannes oder der Familie überlassen. In manchen Fällen können nur noch wohltätige Organisationen wie die 'Family Welfare Society' helfen, eine gut funktionierende Nichtregierungsorganisation, die Unterstützung für unterprivilegierte Frauen zur Verfügung stellt, und Witwen und geschiedenen Frauen hilft, wirtschaftlich unabhängig zu werden. Durch die Anwendung von 'Ijtihad', der freien Interpretation des islamischen Gesetzes in den Grenzen von Koran und Sunna, die zur Zeit nicht praktiziert wird, ließe sich nach Aussagen der Kommission auch die Polygamie abschaffen.

Vorsichtig und zurückhaltend - um keinen Sturm der Entrüstung auszulösen - betrachtet die Kommission alle diskriminierenden Gesetze, die Frauen in ihren Rechten als pakistanische Staatsbürgerinnen beeinträchtigen. Sie plädieren für Änderungen dieser Regeln und Gesetze in Übereinstimmung mit den Verfügungen des Islams nach Koran und Sunna, um die Situation der Frauen zu verbessern. Frauenrechte sind Menschenrechte, betont die Kommission in ihrem Perspektivenpapier, und Pakistan isoliert sich mit seiner Vorgehensweise zunehmend von internationalen Normen.

Literatur:

- Haider, Ejaz. Government dithering over report on women, in: 'Friday Times', October 10-16, 1997.
- Karat, Brinda. The multiple struggles of women, in: 'Frontline', 10/97.
- Shaheed, Farida u. Khawar Mumtaz (eds.). Women of Pakistan. Two steps forward, one step back? London and New Jersey 1987.
- Thiel, Susanne. Die Geschichte der Frauenbewegung, in: 'Südasiens' 7/94.
- dies. Interviews mit den Frauenrechtlerinnen Shaheed, Mumtaz und Hilali in den Jahren 1993, 1995 und 1996.